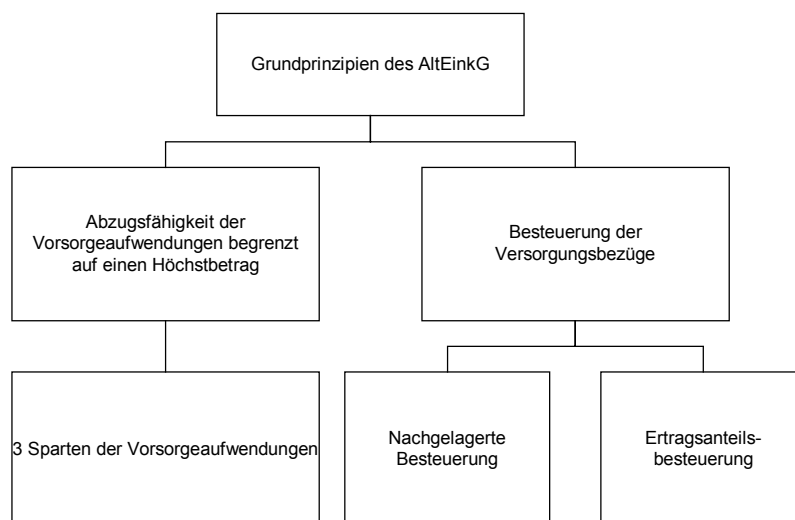




# Aktuelles Steuerrecht 3/2005

[www.aktuelles-steuerrecht.info](http://www.aktuelles-steuerrecht.info)





### Sparten der Altersversorgung

#### Basisversorgung

- gesetzl. RV
- Berufsständ. Versorgungswerke
- private RV (neu)

#### Sonstige Versorgung u. Zusatzversorgung

- Sonst. Versorgung (KV, PflegeV, LV u. RV alt etc.)
- Betriebl. Altersvers.
- Riester-Rente

#### Kapitalanlagen

- Kapital-LV (neu)
- Fondssparpläne

### Übergangsregelung

#### Vorsorgeaufwendungen

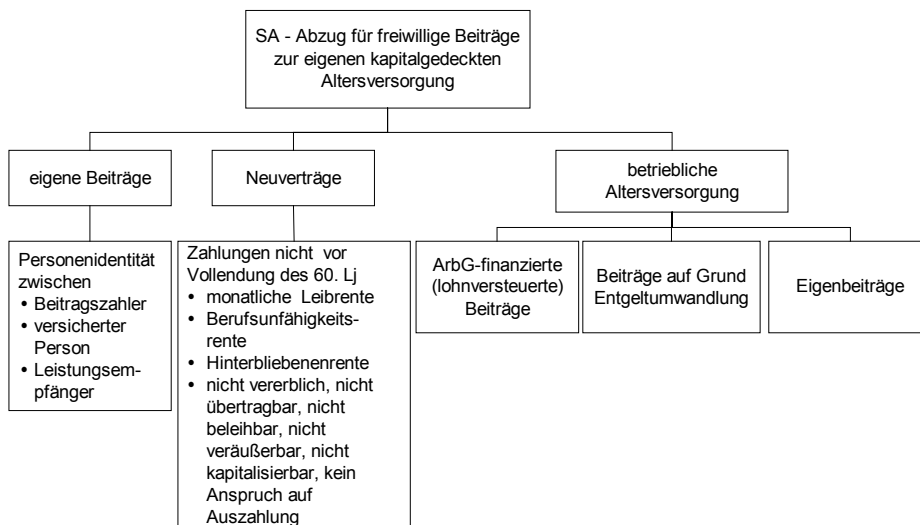
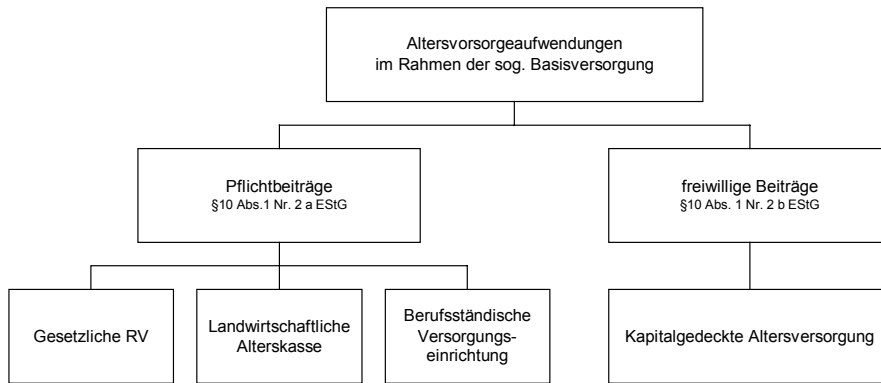
Übergangszeitraum  
**2005 bis 2024:**  
Abzug steigend um **2 % jährlich** von 60 % auf 100 % der Höchstbeträge (20.000/40.000 EUR)

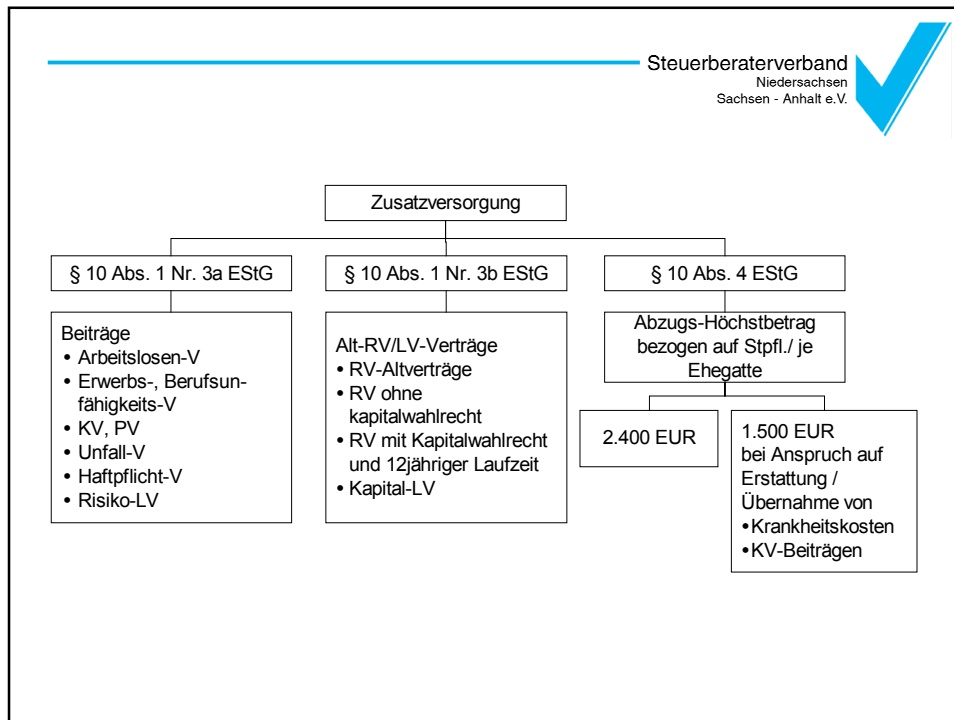
#### Alterseinkünfte, soweit nachgelagert besteuert

Übergangszeitraum zweistufig  
- **2005 bis 2020:**  
Besteuerung jährlich um **2 % steigend** von 50 % auf 80 %  
- **2021 bis 2040:**  
Besteuerung jährlich um **1 % steigend** von 80 % auf 100 %

#### Günstigerprüfung







### Beispiel (BMF-Schr. v. 24.2.2005, Rz 52)

Die Eheleute A (Gewerbetreibender) und B (Hausfrau) zahlen im Jahr 2005 folgende Versicherungsbeiträge:

Leibrentenversicherung (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 b EStG)	2.000 EUR
Private Krankenversicherung	6.000 EUR
Haftpflichtversicherungen	1.200 EUR
Kapitalversicherung (Versicherungsbeginn 1995, Laufzeit 25 Jahre)	3.600 EUR
Kapitalversicherung (Versicherungsbeginn 2005, Laufzeit 20 Jahre)	<u>2.400 EUR</u>
Insgesamt	15.200 EUR

Die Beiträge zu der Kapitalversicherung mit Versicherungsbeginn im Jahr 2005 sind nicht zu berücksichtigen, weil sie nicht die Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3 EStG erfüllen.



### Beispiel (BMF-Schr. v. 24.2.2005, Rz 52)

Abziehbar sind nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 10 Abs. 3 EStG und § 10 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. § 10 Abs. 4 EStG:

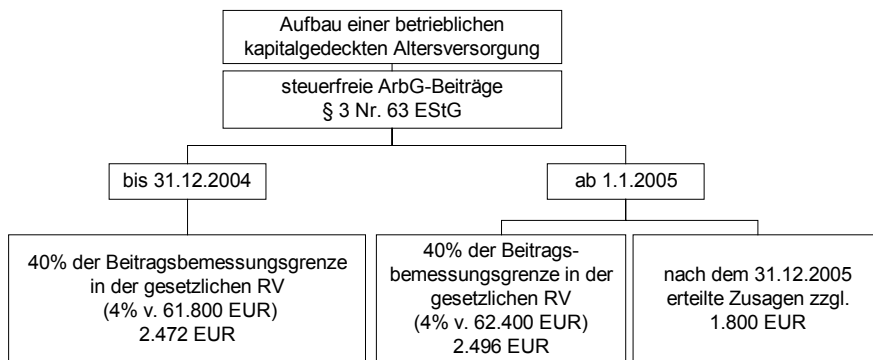
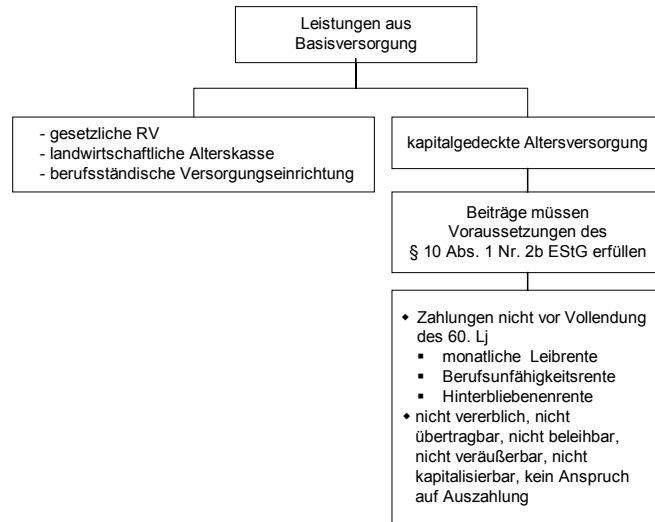
a)	Beiträge zur Altersversorgung:	2.000 EUR	
	Höchstbetrag (ungekürzt)	40.000 EUR	
	zu berücksichtigen		2.000 EUR
	davon 60 v.H.		1.200 EUR
b)	sonstige Vorsorgeaufwendungen:		
	Krankenversicherung	6.000 EUR	
	Haftpflichtversicherungen	1.200 EUR	
	Kapitalversicherung (88 v.H. v. 3.600 EUR)	<u>3.168 EUR</u>	
	insgesamt		10.368 EUR
	Höchstbetrag nach § 10 Abs. 4 EStG:		4.800 EUR
	anzusetzen		4.800 EUR
c)	<b>insgesamt abziehbar</b>		<b>6.000 EUR</b>



### Beispiel (BMF-Schr. v. 24.2.2005, Rz 52)

Abziehbar sind nach § 10 Abs. 3 EStG in der für das KJ 2004 geltenden Fassung:

Leibrentenversicherung (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 b EStG)		2.000 EUR
Krankenversicherung		6.000 EUR
Haftpflichtversicherungen		1.200 EUR
Kapitalversicherung		<u>3.168 EUR</u>
insgesamt		<u>12.368 EUR</u>
davon sind abziehbar:	12.368 EUR	
Vorwegabzug	<u>-6.136 EUR</u>	6.136 EUR
verbleibende Aufwendungen	6.232 EUR	
Grundhöchstbetrag	<u>-2.668 EUR</u>	2.668 EUR
verbleibende Aufwendungen	3.564 EUR	
hälftige Aufwendungen	1.782 EUR	
hälftiger Höchstbetrag	1.334 EUR	
<b>abziehbar insgesamt</b>		<b><u>10.138 EUR</u></b>





## Ertragsanteilsbesteuerung

Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensalter des Rentenberechtigten	Ertragsanteil	bisheriger Ertragsanteil
46 bis 47	33	47/46
50	30	43
55 bis 56	26	38/37
60 bis 61	22	32/31
65 bis 66	18	27/26
69 bis 70	15	22/21
76 bis 77	10	15/14



## Beispiel (BMF-Schr. v. 24.2.2005, Rz 117)

R bezieht ab Mai 2006 eine monatliche Witwenrente aus der gesetzlichen RV i.H.v. 1.100 EUR. Die Rente wird aufgrund regelmäßiger Anpassungen zum 1.7.2006, zum 1.7.2007, zum 1.7.2008 und zum 1.7.2009 jeweils um 10 EUR erhöht. Wegen anderer Einkünfte wird die Rente ab August 2009 auf 830 EUR gekürzt.

Dem FA liegen die folgenden Rentenbezugsmitteilungen vor:

<u>Jahr</u>	<u>Leistungsbetrag</u>	<u>Anpassungsbetrag</u>
2006	8.860 EUR	0 EUR
2007	13.380 EUR	0 EUR
2008	13.500 EUR	120 EUR
2009	12.070 EUR	206 EUR



## Beispiel (BMF-Schr. v. 24.2.2005, Rz 117)

### Berechnung des steuerfreien Teils der Rente 2007

Jahresrente 2007	13.380,00 EUR
- der Besteuerung unterliegender Teil: 52 v.H. von 13.380 EUR	-6.957,60 EUR
= steuerfreier Teil der Rente	<b>6.422,40 EUR</b>

### Neuberechnung des steuerfreien Teils der Rente im Jahr 2009

Jahresrente 2009 ohne regelmäßige Anpassungen	
(12.070 EUR – 206 EUR) =	11.864,00 EUR
(11.864 EUR/13.380 EUR) x 6.422,40 EUR =	<b>5.694,72 EUR</b>



## Beispiel (BMF-Schr. v. 24.2.2005, Rz 117)

### Ermittlung des der Besteuerung unterliegenden Teils der Rente in Anlehnung an den Wortlaut des § 22 Nr. 1 S. 3 a) aa) S. 3 bis 7 EStG

<u>Jahr</u>	<u>Besteuerungsanteil der Rente</u>	
2006	52 v.H. von 8.860,00 EUR	4.607,20 EUR
2007	52 v.H. von 13.380,00 EUR	6.957,60 EUR
2008	13.500,00 EUR – 6.422,40 EUR	7.077,60 EUR
2009	12.070,00 EUR – 5.694,72 EUR	6.375,28 EUR





## Beispiel (BMF-Schr. v. 24.2.2005, Rz 117)

Ermittlung des der Besteuerung unterliegenden Teils der Rente in Anlehnung an die ESt-Erklärung/die Rentenbezugsmitteilung

	<u>2006</u>	<u>2007</u>	<u>2008</u>	<u>2009</u>
Jahresrente lt. Rentenbezugsmitteilung	8.860,00 EUR	13.380,00 EUR	13.500,00 EUR	12.070,00 EUR
- Anpassungsbetrag lt. Rentenbezugsmitteilung	-0,00 EUR	-0,00 EUR	-120,00 EUR	-206,00 EUR
Zwischensumme	8.860,00 EUR	13.380,00 EUR	13.380,00 EUR	11.864,00 EUR
darauf fester Prozentsatz (hier 52 v.H.)	4.607,20 EUR	6.957,60 EUR	6.957,60 EUR	6.169,28 EUR
+ Anpassungsbetrag lt. Rentenbezugsmitteilung	+0,00 EUR	+0,00 EUR	+120,00 EUR	+206,00 EUR
= der Besteuerung unterliegender Anteil der Rente	<b>4.607,20 EUR</b>	<b>6.957,60 EUR</b>	<b>7.077,60 EUR</b>	<b>6.375,28 EUR</b>



## Ertragsanteilsbesteuerung

RV, die nicht den Voraussetzungen für eine kapitalgedeckte Altersversorgung entsprechen	Umlagefinanzierte Zusatzversorgungseinrichtungen	Rente aus vor dem 1.1.2005 abgeschlossenen Verträgen	Abgekürzte Leibrenten
---	--	--	-----------------------



Nicht unter die Basisversorgung fallende Versorgungsleistungen

RV, die nicht den Voraussetzungen für eine kapitalgedeckte Altersversorgung entsprechen

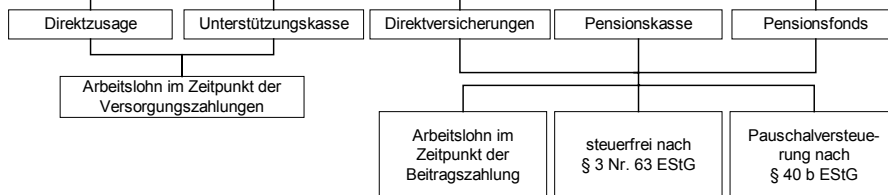
umlagefinanzierte Zusatzversorgungseinrichtungen

Renten aus vor dem 1.1.2005 abgeschlossenen Verträgen

abgekürzte Leibrente



Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung





Direktzusage

Unterstützungskasse



Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit  
gem. § 19 EStG

- WK-Pauschbetrag (102 EUR)
- Versorgungsfreibetrag (2005: 40 v.H. der Bezüge, max. 3.000 EUR)
- Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag (2005: 900 EUR)



Jahr des Versorgungsbeginns	Versorgungsfreibetrag		Zuschlag zum Versorgungs- freibetrag in EUR
	in v.H. der Versorgungsbezüge	Höchstbetrag in EUR	
bis 2005	40,0	3.000	900
ab 2006	38,4	2.880	864
2007	36,8	2.760	828
2008	35,2	2.640	792
2009	33,6	2.520	756
2010	32,0	2.400	720



### Beispiel

A erhält ab Januar 2007 Versorgungsbezüge von der Gemeinde X i.H.v. 500 EUR monatlich. Ab März 2008 hat er Anspruch auf Versorgungsbezüge von der Gemeinde Y i.H.v. 2.000 EUR monatlich.



### Veranlagung 2007

Versorgungsbezüge 12 x 500 EUR		6.000 EUR
abzgl. Versorgungsfreibetrag		
Bemessungsgrundlage 12 x 500 EUR	6.000 EUR	
davon 36,8 v.H.		-2.208 EUR
höchstens	2.760 EUR	
abzgl. Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag		-828 EUR
abzgl. WK-Pauschbetrag		<u>-102 EUR</u>
zu versteuernde Versorgungsbezüge		2.862 EUR



**Veranlagung 2008**

Berechnung des Versorgungsfreibetrags und des Zuschlags

Versorgungsbezug 1 – wie Vorjahr		2.208 EUR
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag		<u>+828 EUR</u>
Summe		3.036 EUR

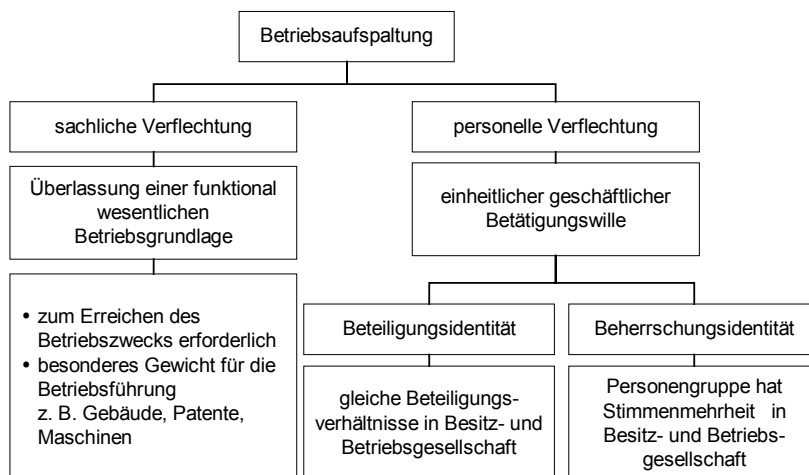
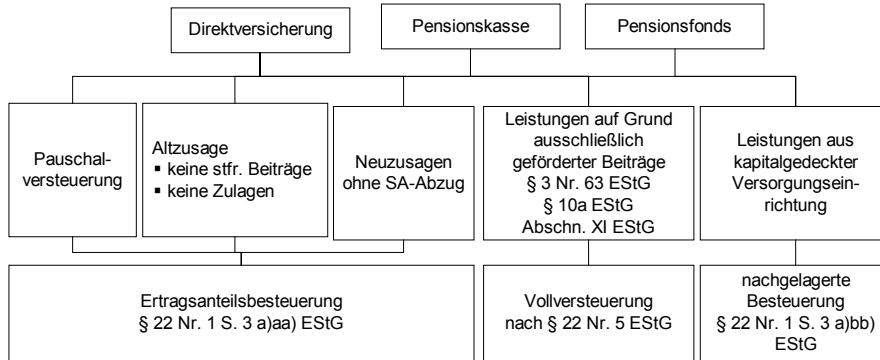
Bemessungsgrundlage Versorgungsbezug 2

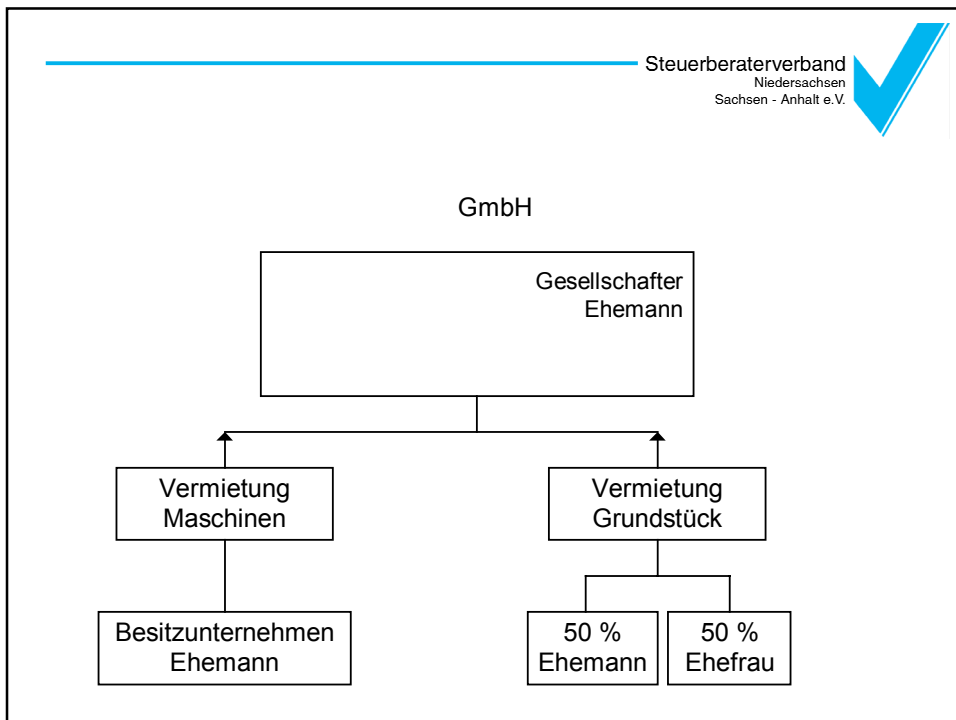
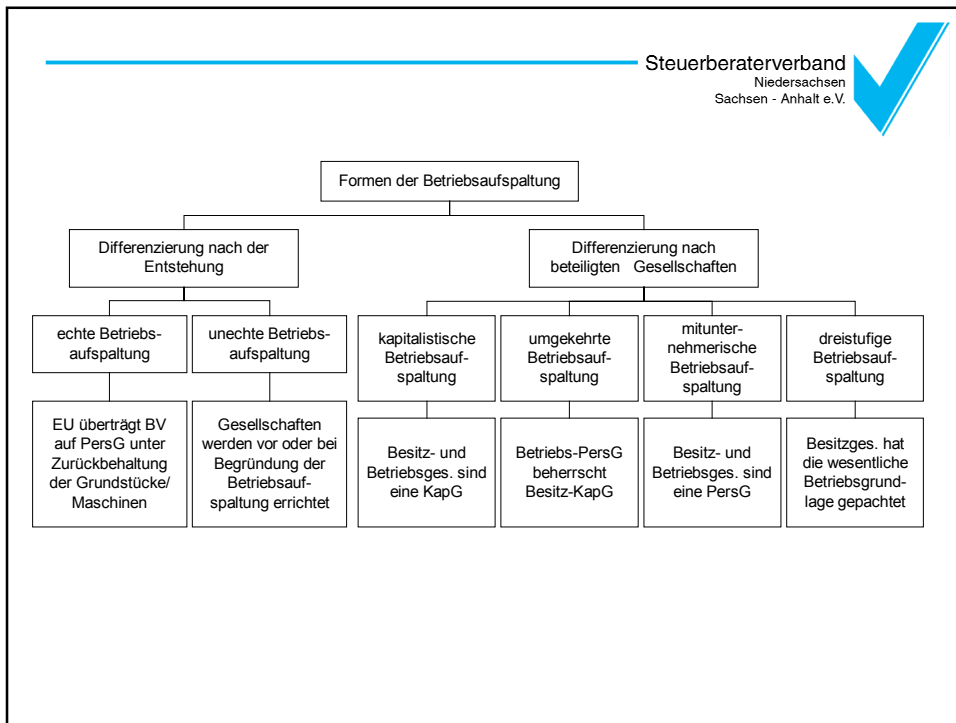
12 x 2.000 EUR	24.000 EUR	
davon 35,2 v.H. höchstens	8.448 EUR	
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag		2.640 EUR
Summe		<u>+792 EUR</u> 3.432 EUR



Begrenzung auf die maßgebenden Höchstbeträge für Kohorte 2007

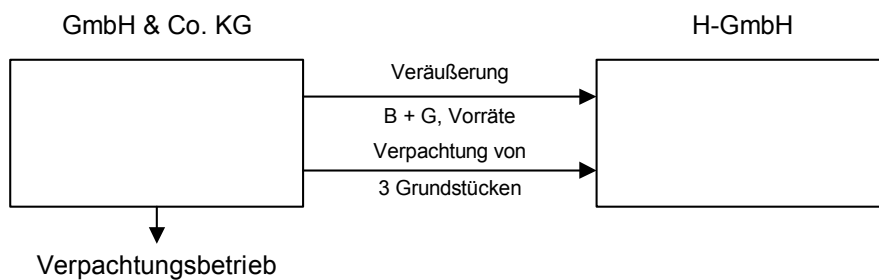
Freibeträge für Versorgungsbezug 1	3.036 EUR	
Freibeträge für Versorgungsbezug 2 höchstens	3.432 EUR	2.760 EUR
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag		<u>+828 EUR</u>
Summe		3.588 EUR



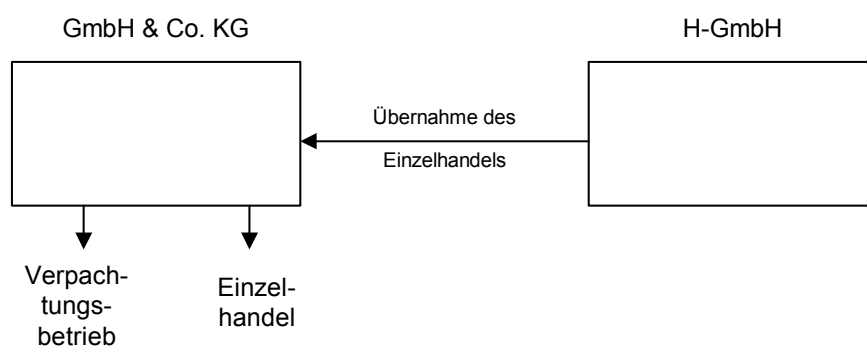




**1.7.1981**



**1.7.1983**

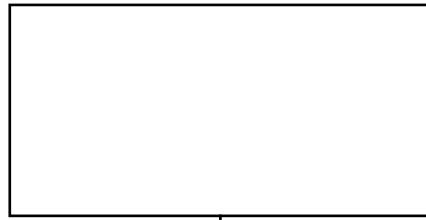






1984/1985

GmbH & Co. KG



Veräußerung der  
Grundstücke an  
Fremde



Einzelhandel



Betriebsvermögen

Privatvermögen

**notwendiges BV**

- WG werden ausschließlich und unmittelbar für eigenbetriebliche Zwecke genutzt

- betriebliche Nutzung

> 50%

**gewillkürtes BV**

- WG, die geeignet und bestimmt sind, den Betrieb zu fördern

- betriebliche Nutzung

10% - 50%

WG ohne funktionalen Zusammenhang zum Betrieb

betriebliche Nutzung

< 10%



### Sonderbetriebsvermögen

#### SBV I

WG, die einem MU gehören, und die bestimmt und geeignet sind, dem Betrieb der PersG zu dienen.

#### SBV II

WG, die einem MU gehören und die zwar nicht unmittelbar für betriebliche Zwecke der MU genutzt werden, die aber geeignet oder bestimmt sind, der Beteiligung des Gesellschafters an der PersG zu dienen bzw. diese zu stärken.



GF = jur. Pers.

GF-Leistung

KapG

GF = nat. Pers.

GF-Leistung

KapG

GF = jur. Pers.

GF-Leistung

PersG

GF = nat. Pers.

GF-Leistung

PersG

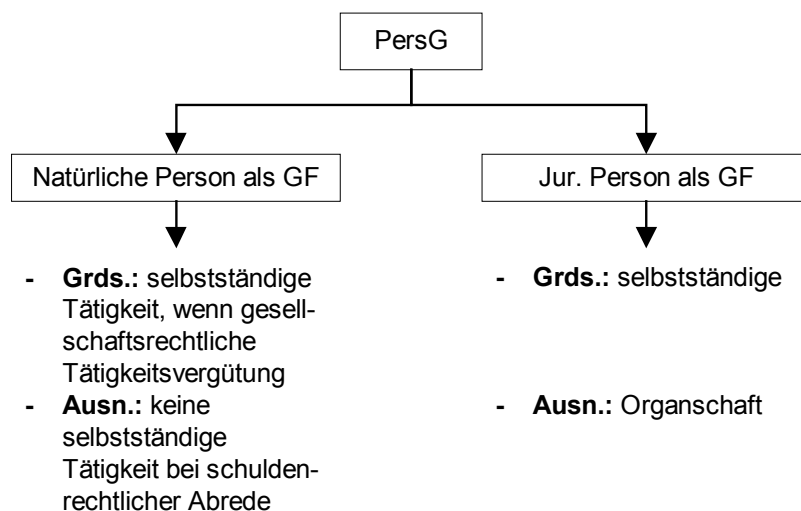


## § 2 Abs. 2 Nr. 1 UStG

„Die gewerbliche oder berufliche Tätigkeit wird nicht selbstständig ausgeübt,

1. soweit natürliche Personen, einzeln oder zusammengeschlossen, einem Unternehmen so eingegliedert sind, dass sie den Weisungen des Unternehmers zu folgen verpflichtet sind;

(...)“





### **Merkmale für Nichtselbstständigkeit**

- persönliche Abhängigkeit
- Weisungsgebundenheit bzgl. Ort, Zeit und Inhalt der Tätigkeit
- feste Arbeitszeiten
- Ausübung der Tätigkeit gleichbleibend an einem bestimmten Ort
- feste Bezüge
- Urlaubsanspruch
- Anspruch auf sonstige Sozialleistungen
- Fortzahlung der Bezüge im Krankheitsfall



### **Merkmale für Nichtselbstständigkeit**

- Notwendigkeit der engen ständigen Zusammenarbeit mit anderen Mitarbeitern
- Eingliederung in den Betrieb
- Schulden der Arbeitskraft und nicht eines Arbeitserfolgs
- Ausführung von einfachen Tätigkeiten, bei denen eine Weisungsgebundenheit die Regel ist.



## Merkmale für Selbstständigkeit

- Selbstständigkeit in Organisation und Durchführung der Tätigkeit
- Unternehmerrisiko
- Unternehmerinitiative
- geschäftliche Beziehungen zu mehreren Vertragspartnern
- Tätigkeit auf eigene Rechnung und eigene Verantwortung,
- Unternehmerrisiko in Form des Vergütungsrisikos
- Indizwirkung der arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Einordnung.



Abgrenzung selbstständig/nichtselbstständig  
bei einem GmbH-GF

Organstellung nach § 37 GmbHG  
nicht entscheidend

Höhe der Beteiligung an der GmbH  
ist unerheblich

Gesamtbild der Verhältnisse  
maßgebend

Ausgestaltung des  
"Anstellungsverhältnisses"

